

## **Wahlprüfstein des Studentenwerks Frankfurt am Main**

### **Soziale Belange der Studierenden in Hessen**

- 1. Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden Hochschulsozialpakt ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Schulen sicherstellen?**

Hochschulen müssen endlich solide und zuverlässig grundfinanziert werden. Auch die Studierendenwerke brauchen eine verlässliche Finanzierung, um die soziale Infrastruktur aufzubauen und zu stärken. Daher fordern wir jährlich in den Haushaltsverhandlungen des Landes Hessen, dass der sukzessive Rückzug aus der Finanzierung der Studierendenwerke endlich ein Ende haben muss, denn nur eine deutliche Erhöhung des Landeszuschusses um mindestens 160 Mio. € ermöglicht den Studierendenwerken, ihren Aufgaben nachzukommen.

- 2. Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass die Finanzierung der Studentenwerke entsprechend der auf hohem Niveau bleibenden Studierendenzahlen und der wachsenden Nachfrage erhöht wird?**

Die LINKE setzt sich für eine Fortführung des HSP 2020-Programms ein, ebenso für die Dynamisierung der QSL-Mittel (eine unserer langjährigen Forderungen). Wir wissen, dass die Hochschulen an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt sind und den hohen Andrang nur gemeinsam mit dem Land meistern können.

## **Studienfinanzierung**

### **1. Welche Bedeutung hat das Thema BAföG für ihre Partei?**

Laut der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes verfügen Studierende in Deutschland durchschnittlich über 918 Euro im Monat zur Deckung ihres Lebensunterhalts, die Hälfte aller Studierenden sogar über nur 860 Euro oder weniger. Unter derzeit 1.050 Euro netto monatlich droht Armut. Studieren bedeutet somit für die überwältigende Mehrheit der Studierenden ein Leben deutlich unterhalb der Armutsrisikogrenze. Aber auch für Auszubildende und Studierende gilt uneingeschränkt das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gemäß Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) ist nach Zuschüssen von Familienangehörigen und eigenem Einkommen nur die dritt wichtigste Einnahmequelle der heute Studierenden. Das BAföG ist damit zwar weiterhin die zentrale Säule der staatlichen Studienfinanzierung. Seinem Zweck, wirksam soziale Zugangsbarrieren zu einem Hochschulstudium zu beseitigen sowie bedarfsgerecht Lebensunterhalt und Ausbildung zu fördern, wird es allerdings nicht mehr gerecht.

Aktuell erhält nur noch ein Sechstel aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG, während über zwei Drittel aller Studierenden (69%) neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Betroffenen dar, die die volle Konzentration auf das Studium erschwert.

Der BAföG-Höchstsatz von 735 Euro, von denen 250 Euro für Unterkunftskosten und 86 Euro für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge vorgesehen sind, reicht nicht aus, um den Anspruchsberechtigten die Deckung ihrer notwendigen Ausgaben zu ermöglichen. Der Bedarfssatz für den Lebensunterhalt liegt im BAföG noch unter dem Niveau des SGB- II-Regelsatzes (Ar-

beitslosengeld II bzw. Hartz IV). Ebenso liegt die Wohnpauschale noch deutlich unter den nach SGB II anerkannten Kosten der Unterkunft. Gleichzeitig liegen die Mietpreise für studentische Unterkünfte, selbst für die raren Plätze in studentischen Wohnheimen, laut aktuellen Erhebungen unterschiedlicher Forschungsinstitute wie des Moses Mendelssohn Instituts oder des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im bundesweiten Durchschnitt weit über 250 Euro und nur in vier der 93 deutschen Universitätsstädte im Rahmen der BAföG-Wohnkostenpauschale.

Der freie Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung darf nicht von Einkommen, Vermögen oder Bildungsstand des Elternhauses abhängen, wie es in Deutschland viel zu häufig der Fall ist. Die Förderbedingungen im BAföG wie auch in der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) müssen deshalb deutlich verbessert werden.

## **2. Wie können Sie und die Hessische Landesregierung im Bund dazu beitragen, dass das BAföG seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?**

Das Land kann sich beispielsweise durch eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass a) die BAföG-Regelungen gründlich reformiert werden und b) das Kooperationsverbot aufgehoben wird.

## **Studentisches Wohnen**

### **1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger Wohnraum zu finden ist?**

Bezahlbarer Wohnraum insbesondere im Ballungsgebiet Rhein-Main - aber auch an anderen Hessischen Hochschulstandorten- wird immer mehr zur Mangelware. Jüngste Zahlen belegen, dass auch im vergangenen Jahr die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen erneut gesunken ist. Inzwischen stehen in Hessen nur noch rund 85.000 Sozialwohnungen zur Verfügung. Gleichzeitig ist die Zahl der offiziell registrierten anspruchsberechtigten Haushalte, die aktuell nicht mit einer solchen geförderten Wohnung versorgt werden können, auf über 50.000 angestiegen.

- DIE LINKE fordert ein umfangreiches und wirkungsvolles Maßnahmenpaket zur Bekämpfung dieses immer dramatischer werdenden Wohnraummangels. Hierzu gehört neben dem jährlichen Bau von mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen vor allem auch eine soziale Grund- und Bodennutzung. Öffentlicher Boden und öffentliche Immobilien dürfen nicht privatisiert werden, sondern müssen für den Wohnungsbau genutzt werden.
- Darüber hinaus fordern wir, dass Sozialbindungen auf Dauer bestehen bleiben müssen. Der dramatische Verlust an öffentlich gefördertem Wohnraum in den vergangenen Jahren hängt auch maßgeblich damit zusammen, dass Sozialbindungen ausgelaufen und viele dieser ehemals preisgünstigen Wohnungen ohne adäquaten Ersatz dem freien Wohnungsmarkt überlassen wurden.
- Weitere wichtige Bausteine einer Wohnungspolitik, die zu einer Verbesserung des Wohnungsmarktes führen würde sind ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand, wie es die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag bereits mehrfach eingebracht hat, die Wiedereinführung der 1990 abgeschafften Wohngemeinnützigkeit sowie die Umwandlung von Büroleerstand in Wohnraum -wo immer dies möglich ist. Alleine in Frankfurt stehen aktuell rund 1,5 Millionen Quadratmeter Büroraum leer. Ein nicht unerheblicher Teil hiervon könnte für Wohnflächen nutzbar gemacht werden.

## **2. Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit mindestens jeder 10. Studierende einen Platz zu günstigen Mieten in einem öffentlich geförderten Wohnheim erhält?**

DIE LINKE fordert seit einigen Jahren in ihren Haushaltsanträgen den Bau von 10.000 Sozialwohnungen sowie weiteren 2.000 Wohnungen für Studierende pro Jahr. Hierzu müssen die Studentenwerke aber auch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften -wie zum Beispiel die Nassauische Heimstätte- in die finanzielle Lage versetzt werden, allen Studierenden, die einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen wollen, entsprechend geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die in der Antwort zu Frage 1 genannten Maßnahmen kämen dabei auch bei der Errichtung studentischer Wohnungen zugute. Zusätzlich sollen durch einmalige

Zuschüsse für alle durch Neu- oder Umbau zur Verfügung gestellten Wohnungen für Studierende das Angebot an Studierendenwohnungen steigern.

**3. Werden Sie den Studierendenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel verlässlich zur Verfügung stellen, so dass Studierende bezahlbar und hochschulnah wohnen können?**

Ja, den Bau von Studierendenwohnungen sehen wir als eine öffentliche Aufgabe an. Dazu müssen, wie schon erwähnt, die Studentenwerke sowie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften finanziell in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe nachzukommen. Zusätzlich müssen hierfür geeignete öffentliche Grundstücke zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt werden.

### **Hochschulgastronomie**

**1. Was wird die Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag besser erfüllen können?**

Eine ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke ist auch hier unerlässlich, auch um Privatisierungen in diesem Bereich entgegenzuwirken. Gerade im Gastronomiebereich zeigt sich die Flexibilität und der Zeitgeist der Hochschulen. Öffnungszeiten sind den Lebensrealitäten der Studierenden oftmals angepasst, das Angebot orientiert sich auch an der Nachfrage nach z.B. veganen oder vegetarischen Speisen und auch an dem Wunsch nach Vielfältigkeit. Um dies auch zu einem für Studierende zahlbaren Preis anzubieten, sind die oben erwähnten Landesmittel unbedingt zur Verfügung zu stellen.

**2. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studentenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?**

Wie schon erwähnt fordert Die Linke mindestens zusätzlich 160 Mio. € für die Studierendenwerke. Die Finanzierung muss aber auch hier am **Bedarf festgemacht** und **regelmäßig angepasst** werden.

### Beratungsleistungen

#### **1. Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?**

Die Linke weiß um die Bedeutung der Beratungsangebote, die für viele junge Menschen eine wichtige Orientierungshilfe sind. Daher **müssen** diese langfristig und nachhaltig gefördert werden.

#### **2. Wird Ihre Partei die Zuschüsse deutlich erhöhen, um die Beratungsleistungen der Studentenwerke künftig mindestens zur Hälfte öffentlich zu finanzieren?**

Ja, denn diese Beratungsstellen müssen gesichert bleiben und somit bedarfsgerecht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

### Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen

#### **1. Welche Bedeutung misst ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?**

Die Linke misst der Vereinbarkeit von Studium und Familie (Kindererziehung, Pflege) eine sehr hohe Bedeutung bei. Für immer mehr Studierende ist dies die Lebensrealität, ihnen muss ein Studienangebot gemacht werden, welches sich an dieser Lebensrealität orientiert.

#### **2. Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuung sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?**

Studierende mit Familienaufgaben müssen finanziell unterstützt und entlastet werden. Betreuungsplätze müssen (nicht nur für Studierende) gebührenfrei zur Verfügung stehen, dafür setzen wir uns hessenweit ein.

Aber nicht nur die finanzielle Belastung muss angegangen werden, auch die Studienrahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass eine tatsächliche Vereinbarkeit gewährleistet ist. Das bedeutet, dass die Möglichkeiten des Teilzeitstudiums ausgeweitet werden sollen, dass die Regelstudienzeit keinen Einfluss auf z.B. BAföG-Ansprüche haben darf und dass „moderne“ Lehrmethoden (E-Learning) genutzt werden.